

## **Beschluss des Landrats vom 11.06.2020**

Nr. 459

### **12. Aktualisierung Partnerschaftsbericht** 2014/365; Protokoll: bw

Kommissionspräsidentin **Laura Grazioli** (Grüne) berichtet, mit dem Postulat von Rolf Richterich sei der Regierungsrat aufgefordert worden, in Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen und dem benachbarten Ausland den Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht) vom November 2003 zu überarbeiten und dem Landrat vorzulegen.

Der Regierungsrat zieht in seiner Vorlage ein positives Fazit zur partnerschaftlichen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit könne in den bewährten Strukturen erfolgreich weitergeführt und weiterentwickelt werden. Der Partnerschaftsbericht von 2003, der als Diskussionsbasis für das weitere Vorgehen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit dienen sollte, habe die Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit richtig antizipiert: Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat die Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit gestärkt.

Der Regierungsrat hält fest, dass nach einer intensiven Phase in den letzten Jahre nun eine Phase der Konsolidierung folge. Aufgrund des grossen zu erwartenden Aufwands ist auch kein gemeinsames Projekt zur Neuauflage des Partnerschaftsberichts über die Kantons- und Landesgrenzen hinweg gestartet worden. Die Abstimmung und Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen und dem benachbarten Ausland erfolge in den bestehenden Gremien aber eng und regelmässig. Der Regierungsrat beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Kommission zeigte sich beeindruckt davon, was in den letzten 20 Jahren bezüglich Partnerschaften und Zusammenarbeit auch über die Landesgrenzen hinaus passiert sei. Nach Ablehnung der Wiedervereinigung von Baselland und Basel-Stadt im Jahr 2014 und einer gewissen Unsicherheit, wie mit der neuen Situation umgegangen werden soll, herrscht nun der Eindruck, dass man bezüglich Partnerschaft gut unterwegs ist. Die aktuelle Situation sei mehr als ein Kompromiss zwischen den Extrempositionen Fusion und absoluter Alleingang. So könne Basel-Landschaft die Handlungsfreiheit behalten, während ein konstruktiver Wettbewerb zwischen den Kantonen erhalten wurde. Die Partnerschaft sei auch keine Einbahnstrasse. Dieser Mehrwert komme in der Landratsvorlage klar zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang wurde auch die gute Arbeit der letzten Jahre gelobt. Die einzelnen bestehenden Verträge seien hinterfragt, analysiert und die Verhandlungen teilweise neu aufgenommen worden, wobei es nie um ein Hinterfragen der Partnerschaft im Allgemeinen ging.

Ein Teil der Kommission strich hervor, dass die beiden Halbkantone regional, wirtschaftlich und kulturell zusammengehören. Zudem wird auch das Dreiländereck als grosse Chance für die Region gesehen. Diverse Projekte bringen allen drei Länderecken einen internationalen Standortvorteil. Hinsichtlich der zukünftigen Zusammenarbeit hat ein Kommissionsmitglied auf die Beiträge von Basel-Landschaft an Basel-Stadt verwiesen. Diese haben von 2003–2018 um rund CHF 200 Mio. zugenommen. Entsprechend wichtig sind Vertragsverhandlungen.

Die Verwaltung erklärte, zur Festlegung der Steuerkraft der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt werde ein Modell des Bundes verwendet, welches zur Berechnung des Finanzausgleichs diene. Dieses zeigt, dass sich die Steuerkraft der beiden Kantone auf einem ähnlichen Niveau befindet. Auf dieser Basis bei den vertraglichen Vereinbarungen tiefere Beiträge des Kantons Basel-Landschaft beispielsweise an die Universität festzulegen, sei entsprechend nicht einfach. Auch wenn aus der Vorlage klar hervorgeht, dass man sich aktuell in einer Konsolidierungsphase bezüglich Zusammenarbeit befinde, wollte ein Kommissionsmitglied erfahren, ob es trotzdem noch Gebiete gebe, in denen der Kanton Basel-Landschaft gedenke, die Zusammenarbeit zu stärken

oder bei denen der Kanton Basel-Stadt entsprechendes signalisiere.

Die Direktion erklärte, der Kanton vertrete die Ansicht, dass er bezüglich Partnerschaften gut abgedeckt sei. Wenn über Zusammenarbeit diskutiert wird, werden konkrete Projekte angeschaut. Auch wenn in den Medien die Zusammenarbeit der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt auf einer übergeordneten politischen Ebene immer wieder als schwierig dargestellt werde, bestehe eine untergeordnete Ebene der hervorragenden Zusammenarbeit. Gemessen an den Resultaten, könne man in der Region Nordwestschweiz mit den Partnerschaften sehr zufrieden sein. Als Vorzeigebispiel für partnerschaftliche Zusammenarbeit wird die FHNW genannt.

Ein Teil der Kommission hat zudem die Bedeutung des neuen Selbstverständnisses des Kantons Basel-Landschaft hervorgehoben, dass sich bezüglich Universität in den letzten Jahren langsam entwickelt hat.

Die Finanzkommission hat Verständnis dafür gezeigt, dass die Beantwortung des Postulats aufgrund der Entwicklungen während der letzten Jahre so viel Zeit in Anspruch genommen hat, und war sich einig, dass es keine Neuauflage des Partnerschaftsberichts brauche.

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 11:2 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

**Saskia Schenker** (FDP) erinnert daran, dass Rolf Richterich – damaliger Fraktionschef der FDP-Fraktion – im Jahr 2014 zur Ansicht gelangte, dass zehn Jahre nach dem ersten Partnerschaftsbericht ein neuer für die nächsten zehn Jahre vorgelegt werden sollte. Es dauerte zwar sechs Jahre länger, allerdings liegt eine umfassende Berichterstattung zu diesem Anliegen vor. Es ist verständlich, dass es sechs Jahre länger dauerte, wurde doch unter anderem über eine Fusionsinitiative abgestimmt. Heute kann gesagt werden, dass ein guter Mittelweg zwischen einer Fusion und dem Alleingang gefunden wurde. Die Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt hebt sich deutlich von Kooperationen mit anderen Kantonen und dem benachbarten Ausland ab. Gleichzeitig erledigte der Kanton Basel-Landschaft seine Hausaufgaben, gerade auch in den Jahren, als die Finanzen auf Vordermann gebracht werden mussten. Es wurden viele Ausgaben hinterfragt – auch im Partnerschaftsbereich. Es ist völlig legitim, dass in diversen Gremien eine Diskussion auf Augenhöhe geführt und bei zweiseitigen Verträgen Grundsatzdiskussionen verlangt werden. So steht aktuell beispielsweise die Überarbeitung des Staatsvertrags für die Universität Basel an, der ab 2022 gelten soll. Es ist eine wichtige Aufgabe des Kantons und gehört zur Führung dazu, dass nach einer gewissen Zeit jeder Stein umgedreht wird. Das ist in den letzten Jahren erfolgt und es handelt sich um eine positive Entwicklung und professionelle Arbeit. Gerade bzgl. der gemeinsamen Versorgungsplanung in der Spitalregion, die Regierungsrat Thomas Weber vorangetrieben hat, konnte bewiesen werden, dass die Umsetzung guter Massnahmen schweizweit als Vorbild dienen kann. Ein Hinweis: Seitens Kanton Basel-Landschaft wurde in der Zwischenzeit ein Public-Corporate-Governance-Gesetz erlassen. Dieses ist seit 2018 in Kraft. Zuvor verfügten die Nachbarkantone und Basel-Landschaft selbst über Richtlinien. Im Vergleich zu den Nachbarkantonen verfügt Basel nun über ein Gesetz, womit es sich grundlegende Richtlinien auferlegt hat. Dort wird unter anderem festgehalten, wie man sich als Eigner verhält. So hat der Regierungsrat beispielsweise im Grundsatz nicht mehr Einsitz in die Verwaltungsräte bei Beteiligungen. Dieses Thema ist in bi- oder mehrkantonalen Institutionen weiterhin noch aktuell, da sich andere Kantone diese Gedanken noch nicht gemacht haben. So haben im Verwaltungsrat der Rheinsalme diverse Regierungsräte Einsitz, wie auch bei der Messe Basel, wo sich der Kanton Basel-Landschaft nun zurückzieht. Das hat zur Folge, dass die Regierungsräte verschiedene Hüte tragen. Einerseits müssen sie die kantonalen Finanzen wie Darlehen etc. achten, andererseits sind sie als Verwaltungsrat mitunter haftbar für die Entwicklung des entsprechenden Unternehmens. Die FDP-Fraktion fände gut, wenn auch in diesen Gremien die entsprechenden Diskussionen geführt werden könnten, respektive wenn das Thema Public Corporate Governance bei den Nachbarkantonen Beachtung finden wür-

de. Es wäre sicherlich wichtig, dass man bei partnerschaftlichem Zusammenarbeiten über ähnliche Grundlagen verfügt.

Saskia Schenker dankt im Namen der FDP-Fraktion und von Rolf Richterich für die umfassende Berichterstattung und die gute Arbeit. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

**Pascale Meschberger** (SP) dankt im Namen der SP-Fraktion für den vorliegenden Bericht. Dieser zeigt sehr anschaulich, was in den letzten zehn Jahre in punkto Partnerschaft erreicht wurde. Wenn Pascale Meschberger im Ausland danach gefragt wird, woher sie kommt, bringt die Antwort «Liestal» nichts. Niemand kennt einen Kanton Basel-Landschaft oder einen Kanton Basel-Stadt. Basel kennen aber alle. Die Region ist international bekannt, aber niemand unterscheidet die Mentalitäten, wie sie jeweils in der Region selbst hervorgehoben werden. Es handelt sich um einen einzigen Kultur- und Wirtschaftsraum. Entsprechend existiert hier eine schweizweit einzigartige Zusammenarbeit zwischen zwei Kantonen. Die Zusammenarbeit war in den Jahren 2015-19 durch die Sparmassnahmen des Kantons Basel-Landschaft geprägt. Das erleichterte die Partnerschaft nicht immer. Es kam zu Absprachen und Verschiebungen von Geldern, womit die SP nicht immer glücklich war. Mittlerweile wird der Kanton Basel-Landschaft als deutlich selbstbewusster wahrgenommen. Er wurde zu einem kompetenten Verhandlungspartner. Die SP versteht die Zusammenarbeit – gerade in Bezug auf Basel-Stadt – nicht als eine Einbahnstrasse von Zahlungen an die Stadt. Sie sieht die immateriellen und materiellen Werte und nimmt an, dass die Effizienz in den Kantonen durch die Zusammenarbeit gesteigert werden kann, was finanziellen Benefit für beide Seiten bedeutet. Die SP ist auch stolz auf die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel. Es handelt sich um *unsere* Uni und *unsere* Fachhochschule Nordwestschweiz. Auch ist die SP stolz auf das Swiss Tropical and Public Health Institut, das UKBB und all das, was noch kommt. Trotz der abgelehnten Spitalfusion glaubt die SP weiterhin an die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit in Bezug auf die Spital- und Gesundheitspolitik. Die verbesserte und professionalisierte Zusammenarbeit ist aber auch in Bezug auf die anderen Nachbarkantone und das nahe Ausland wahrnehmbar. Der Ausbau des Dreiländerecks als Bildungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Kulturregion ist ein wesentlicher Standortvorteil.

Eine kritische Anmerkung: Die Coronakrise zeigte eindrücklich, dass in einer Katastrophen- oder Ausnahmesituation Grenzen schnell geschlossen werden. Der Kanton Basel-Landschaft möchte die Zusammenarbeit in Zukunft vor allem konsolidieren und nicht mehr erweitern. Im Zusammenhang mit der Ausnahmesituation plädiert Pascale Meschberger dafür, dass in der Aufarbeitungsphase überlegt wird, ob es punkto Zusammenarbeit nicht noch speziell zu betrachtende Aspekte gibt. Die SP-Fraktion unterstützt die Abschreibung des Postulats.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) erklärt im Namen der Grüne/EVP-Fraktion, dass die Abschreibung des Postulats unterstützt werde. Als von diesem Thema stark betroffene Person erlaubt sich Klaus Kirchmayr, einige grundsätzliche Beobachtungen auszuführen.

Der heutige Zustand der Partnerschaft zwischen den beiden Halbkantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt kann mit Fug und Recht als gut bezeichnet werden. Das ist auf mehrere Komponenten zurückzuführen. Eine ist die sehr schwierige Auseinandersetzung mit dem Thema Fusion im Jahr 2014. Das hatte die katalytische Wirkung, dass der Kanton Basel-Landschaft seine Rolle in der Partnerschaft hinterfragte. Sowohl die Regierung wie auch das Parlament gingen mit dem Abstimmungsresultat von 2014 sehr verantwortungsvoll um. Das gilt für beide Halbkantone. Es wäre auch ein Szenario der gegenseitigen Abgrenzung denkbar gewesen. Allen Verantwortungsträgern in beiden Halbkantonen sei dafür gedankt, dass dies nicht geschehen ist.

Der Kanton Basel-Landschaft machte grosse Fortschritte und erledigte – wie Saskia Schenker richtig gesagt hat – seine Hausaufgaben in vielen Bereichen. Baselland verfügt heute über eine Kultur im Umgang mit Public Corporate Governance, von der sich manch anderer Kanton eine Scheibe abschneiden könnte. Dass heute bezüglich der Universität über das ganze politische

Spektrum ein unbestrittener Konsens über die Wichtigkeit besteht, ist sehr gut. Ebenso muss die Arbeit im Gesundheitsbereich gelobt werden. Dort wurden gute Fortschritte erzielt und man befindet sich in der Region auf dem richtigen Weg – unabhängig von der gescheiterten Fusionsabstimmung.

Eine Partnerschaft hängt nicht nur an den Strukturen und gesetzlichen Normen. Sie hängt auch sehr stark an den Personen. Die heutigen Regierungen kommunizieren untereinander und im Dialog miteinander auf Augenhöhe. Dem ist Sorge zu tragen. Die persönliche Beziehung und das Miteinander-Reden ist sehr wichtig. Klaus Kirchmayr wünscht sich, dass zwischen den Parlamenten der beiden Kantone ein stärkerer und häufigerer Austausch stattfinden würde. Landrätinnen und Landräte sollen persönliche Beziehungen zu Grossrätinnen und Grossräten pflegen. Das führt zu sehr viel Verständnis und vielen guten Ideen für die eigene und die regionale politische Arbeit. Man kann heute konstatieren, dass aus dem Auftrag, der aus der Fusionsabstimmung 2014 folgte, viel Gutes gemacht wurde. Allen Beteiligten sei dafür gedankt.

**Markus Meier** (SVP) hätte nicht gedacht, dass es nach dem pointiert zusammengefassten Kommissionsbericht und dem immerhin 40 Seiten umfassenden Partnerschaftsbericht noch so langer Voten bedarf. Dieser Bericht fasst die partnerschaftlichen Arbeiten komplett und kompakt zusammen.

Die SVP-Fraktion kann sich mit fast allem einverstanden erklären, was bislang gesagt wurde. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen versank die SVP-Fraktion nie in Selbstmitleid oder Resignation, sondern nahm stets eine selbstbewusste Haltung ein. Das ist es, was letztlich zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe führen kann. Die SVP-Fraktion wird das Postulat ebenfalls abschreiben.

**Franz Meyer** (CVP) sagt, die CVP/glp-Fraktion werde das Postulat einstimmig abschreiben. Der Regierungsrat zeigte gut und umfassend auf, dass die Abstimmung und Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen und dem benachbarten Ausland in den bestehenden Institutionen gut und regelmässig erfolgt. Der Dank gilt den Regierungen und den Verwaltungen, welche die guten Kontakte pflegen. Um Themen und Projekte gemeinsam diskutieren und erarbeiten zu können, existieren nach Einschätzung der CVP/glp-Fraktion geeignete Gremien. Insofern befindet man sich auf einem guten Weg.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 82:0 Stimmen wird das Postulat 2014/365 abgeschrieben.

---